

ebs TeleNet AG weitet Glasfasernetz aus

Schwyz Die ebs TeleNet AG baut ihr Highspeed-Netz laufend weiter aus. Im vergangenen Jahr ist neben dem bisherigen Versorgungsgebiet auch im Gebiet Stelzli das Glasfasernetz für Privatkunden aufgeschaltet worden, ebenso für die grosse Wohnüberbauung Mythen-Hof in Ibach und das Gebiet Aufberg. Im Umbau auf schnelles und stabiles Surfen befindet sich das Netz in Muotathal. Ebenfalls geht der Ausbau in Morschach weiter, und für das Gebiet Ried-Muotathal und Illgau ist die Planung angelaufen.

Wie die ebs TeleNet AG erklärt, entwickelt sich auch der Kundenstamm sehr erfreulich. Letztes Jahr haben sich mehr als 400 Internet- und über 300 Telefonkunden dem Angebot dieser EBS-Tochter angeschlossen. Der Neukundenzuwachs hat sich damit nochmals gesteigert. Insgesamt surfen heute bereits mehr als 2600 Kunden im Netz der ebs TeleNet AG. (cj)

Raiffeisen entscheidet über Fusion

Schwyz/Illgau Die Raiffeisenbank Rigi ist daran, ihren Wirkungs- und Geschäftskreis weiter zu vergrössern. Auf Donnerstag, 17. Mai, ist eine ausserordentliche Generalversammlung der Genossenschaft angesetzt, an welcher über die Fusion mit der Raiffeisenbank Illgau entschieden wird. Dieser Fusionsvertrag ist von den Mitgliedern der Raiffeisenbank Illgau bereits Anfang April genehmigt worden. Nun haben die Rigi-Genossenschaftler noch darüber zu entscheiden und ihre Statuten entsprechend anzupassen. Die erforderliche Zustimmung dürfte problemlos erfolgen.

Kleinste Raiffeisenbank der Schweiz schliesst sich an

Die Fusion hat sich für Illgau aufgedrängt als Folge der regulatorischen Entwicklung, wegen rechtlichen Anforderungen, steigenden Kosten für die Digitalisierung und dem sich ändernden Kundenverhalten. Die Raiffeisengenossenschaft Illgau ist heute mit gut 600 Mitgliedern und einer Bilanzsumme von 59,8 Mio. Franken die kleinste Raiffeisenbank der Schweiz. Die Raiffeisenbank Rigi ist mit rund 17 000 Mitgliedern dagegen eine der grössten Niederlassungen im Land. Sie weist eine Bilanzsumme von 1,43 Mrd. Franken und einen Jahresgewinn von 2,46 Mio. Franken aus. Nach der Fusion wird sich ihr Geschäftskreis auf die Bezirke Gersau und Küsnacht, neun Innerschwyz Gemeinden sowie die drei Luzerner Seegemeinden und das ernerische Sisikon erstrecken. (cj)

«Theaterweiber +» treten in Berlin auf

Schwyz Wohl zum letzten Mal wird am 8. Mai «Was wirklich zählt» von den «Theaterweibern +» aufgeführt. Für diese Aufführung haben die fünf Frauen – wieder mit dabei Karin Suter als Regisseurin – das Stück in den letzten Wochen in Schriftsprache geprobt. Denn ihr letzter Spielort ist die «Quatschtrommel» – ein Nachbarschaftstreff in Berlin-Lichtenberg. Danach wird es eine Theaterpause geben. Doch ein neues Stück ist in Arbeit und wird voraussichtlich 2020 auf die Bühne kommen. (pd)



«Was wirklich zählt» dürfen die «Theaterweiber +» in Berlin aufführen. Bild: PD

Energie-Fünfliber droht wegen Fristenproblem zu scheitern

Energiepolitik Die Stimmrechtsbeschwerde von Oswald Rohner blockiert die Auslösung der Bundesgelder, deren Frist Ende April abläuft. Die Bezirke hoffen auf weitere Fristverlängerung, der Kanton schätzt die Chancen gering ein.

Ruggero Vercellone

Die Sache hat viele Emotionen ausgelöst, war auf dem politischen Parkett umstritten, wurde aber dennoch vom Volk in allen sechs Bezirken gegen den Willen von Kantonsrat und Regierung angenommen: der sogenannte Energie-Fünfliber. Die sechs Bezirke haben in ihren Budgets für das Jahr 2018 fünf Franken pro Kopf für Energie-Förderprogramme aufgenommen, um Bundessubventionen auszulösen. Die Bezirke haben gesamt 769 900 Franken gesprochen. Es könnten damit vom Bund fast 1,54 Mio. Franken ausgelöst werden. Addiert mit dem Sockelbeitrag des Bundes, stünden dem Kanton 5,8 Mio. Franken für energetische Gebäudesanierungen und Gebäudetechnik zur Verfügung.

Stimmrechtsbeschwerde blockiert Geldauslösung

Dass die Idee umgesetzt werden kann, wird nun aber immer unwahrscheinlicher. Grund dafür ist eine Stimmrechtsbeschwerde von Oswald Rohner aus Einsiedeln, welche den Geldfluss blockiert.

Die Beschwerde richtet sich gegen den entsprechenden Beschluss der Einsiedler Bezirksgemeinde und ist vor Verwaltungsgericht hängig, wird aber laut Verwaltungsgerichtsvizepräsident Vital Zehnder bis Ende April entschieden. Ende April läuft aber gleichzeitig die bereits verlängerte Frist ab, um die Bundesgelder auslösen zu können.

Frist für Geldauslösung kann nicht eingehalten werden

Wird die Beschwerde Rohner vom Gericht gutgeheissen, ist der Energie-Fünfliber vom Tisch, wenn der Bezirk Einsiedeln die Sache nicht weiterzieht. Wird die Beschwerde vom Verwaltungsgericht abgewiesen, fängt die 30-tägige Frist an, während der Rohner einen Weiterzug ans Bundesgericht beschliessen kann. 30 Tage lang ist der Entscheid so oder anders nicht rechtskräftig. Der Bezirk Einsiedeln könnte beim Bundesgericht beantragen, dass die aufschiebende Wirkung für die Auslösung der Bundesgelder aufgehoben würde. Laut dem Einsiedler Landschreiber Peter Eberle hat der Bezirksrat diesbezüglich aber noch keinen

«Es ist schade, dass eine Person alles blockieren kann.»



Sandro Patierno
Schwyzer Bezirksamman

Entscheid gefasst. Bis das Bundesgericht in dieser Frage entscheidet, verstreicht aber für die Auslösung der Bundesgelder weitere Zeit, die eigentlich Ende April bereits abgelaufen wäre.

Den Optimismus, dass der Energie-Fünfliber zum Tragen kommt, hat der Schwyzer Bezirksamman Sandro Patierno noch nicht aufgegeben. «Es ist schade, dass eine Person alles blockieren kann. Wenn beim Bund aber eine weitere Erstreckung der Frist bewirkt werden kann, sollte es doch noch klappen. Ich bin nach wie vor positiv eingestellt.»

Diesen Optimismus teilt aber Beat Voser, Leiter der kantonalen Energiefachstelle, nicht. Da der Bund das Geld nur den Kantonen auszahlt, ist der Kanton dafür zuständig, beim Bund um eine weitere Fristverlängerung zu ersuchen. Der Kanton werde das auf Wunsch auch machen. Die Chancen für eine weitere Fristverlängerung schätzt Voser aber als «eher gering» ein. Alle anderen Kantone würden bereits auf die Auslösung der Gelder – es handelt sich um mehrere Hundert Millionen – warten. Der Bund brauche dafür die gesamte Übersicht.

Aktiv werden gegen Mobbing wird gefordert

Schwyz An der gestrigen Frühlingssession des Schwyzer Kinderparlaments wurde das Thema Mobbing behandelt. Die jungen Politiker setzten auf das Eingreifen der Schüler sowie der Erwachsenen.

Gestern tagte das Schwyzer Kinderparlament im Kantonsratssaal im Rathaus in Schwyz zur Frühlingssession. Die aus fünf Kindern bestehende Ratsleitung hat sich während des Vorbereitens dazu entschieden, das Thema Mobbing aufzugreifen. Rund 60 Kinderparlamentarier waren bei der Frühlingssession dabei.

Nach einer kurzen Begrüssung durch die Ratsleiterin hielt Pascal Simmen, Gruppenleiter Prävention der Schwyzer Kantonspolizei, ein Referat rund um Mobbing. Konkret wurden die drei Rollen Täter, Opfer und Mitwisser behandelt, und Simmen informierte über das Gesetz bezüglich Mobbing.

Pascal Simmen griff zudem das Problem auf, dass Straftaten bezüglich dem Oberbegriff Mobbing kaum geregelt sind. Jedoch machte er die jungen Parlamentarier darauf aufmerksam, dass einzelne Aktivitäten und Taten zu einer Strafanzeige führen können, wie beispielsweise das heimliche Filmen oder Fotografieren von Personen.

Erwachsene müssen Mobbing ernst nehmen

Nachdem Simmen von seinen Erfahrungen als Polizist zum Thema Mobbing erzählt hatte, stellten die Jungpolitiker Fragen wie «was war der schlimmste Mobbingfall, den Sie erlebt haben?» oder «können Erwachsene auch Kinder mobben?».

Anschliessend wurden in fünf Gruppen Lösungsansätze gegen Mobbing erarbeitet. Diese wurden allen vorgestellt und miteinander diskutiert.

So sind die Kinderparlamentarier der Meinung, dass Mitwisser öfter einschreiten und dem Opfer Hilfe anbieten sollten. Dazu wird Mut benötigt.

Ebenfalls ein oft angesprochener Lösungsvorschlag war der Miteinbezug von Erwachsenen. Die jungen Politiker sind da der Ansicht, dass vor allem bei Lehrern und Schulsozialarbeit Hilfe gesucht werden kann. Wichtig sei es dann nur noch, dass das Problem von den Erwachsenen ernst genommen wird. Auch die



Pascal Simmen, Kantonspolizei Schwyz, referierte rund um Mobbing (oben). Die Gruppen präsentieren ihre Lösungen (unten). Bilder: Priska Lagler

Eltern oder die Schulleitung einzuschalten und über die Situation zu informieren, kann gegen Mobbing helfen.

Beschlossen wurde zudem, dass Probleme direkt in der Klasse angesprochen werden sollten, sei das durch anonyme Sorgebriefkästen, Boxen oder Listen. Auch ein fixer Termin in der Woche kann definiert werden, an dem die Schülerinnen und Schüler die Probleme miteinander diskutieren.

Ein weiterer Lösungsvorschlag ist, dass im Klassenzimmer gemeinsam eine Checkliste erarbeitet wird, die, ähnlich wie bei einem Brandfall, zeigt, was als Opfer oder als Täter zu tun ist.

Die Kinderparlamentarier haben an der Frühlingssession einige Hilfestellungen und Lösungsansätze erarbeitet, die gegen Mobbing helfen sollen. «Die gesammelten Ideen werden auf einer Liste zusammengetragen und den Kindern mitgegeben. Vielleicht dürfen die Parlamentarier in der Klasse besprechen, was sie von diesem Nachmittag mitgenommen haben», sagt Andreas Oppliger von der IG Schwyzer Kinderparlament.

Priska Lagler